

Das richtige Wohnen als Gesellschaftspolitik

Autor(en): **Ruf, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **47 (1972)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-104112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Noch geben wir uns zu wenig Rechenschaft über das, was «wohnen» heisst. Wir sehen es in erster Linie im Zusammenhang mit dem Bau von immer mehr Wohnungen. Doch es gehört zu den Erkenntnissen einer modernen Siedlungspolitik, dass es nicht mit dem Quantum an Zimmern, Küchen und Badezimmer getan ist, mit denen wir Jahr für Jahr unsere Unterkunfts-möglichkeiten mehren. Wohnen heisst heutzutage auch an die Umwelt denken, nicht minder an das seelische, geistige Wohlbefinden, selbst an den Verkehr, den Einkauf, den Schulweg. Wohnen ist ein ganzes und kann nur noch in seinen Auswirkungen auf unser Leben und Zusammenleben mit andern gesehen werden.

Es war deshalb sehr verdienstvoll, dass der von der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Karlsruhe durchgeführte Allgemeine Deutsche Bauvereinstag gleich eine ganze Reihe von wesentlichen Faktoren einer gesunden Wohnungswirtschaft zur Diskussion stellte.

Den hoffnungsvollen Auftakt zu der 1500 Teilnehmer vereinigenden Tagung brachte die Ansprache des Bundesstädtebauministers Dr. Lauritzen, der mit lapidarer Selbstverständlichkeit

die staatspolitische Bedeutung der gemeinnützigen Organisationen

mit folgenden Worten unterstrich:

«Wir brauchen auch in Zukunft eine leistungsfähige gemeinnützige Wohnungswirtschaft; ich hoffe, dass eine starke und gesunde gemeinnützige Wohnungswirtschaft es uns ermöglicht, den neuen hohen Stellenwert, den die Bundesregierung dem Städtebau und der Wohnungspolitik zuerkennt, zu meistern.»

Der Direktor des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, H. Tepper, stellte fest, dass die «Wohnungspolitik ein unverzichtbarer Teil moderner Gesellschaftspolitik» ist. Um diese Erkenntnis schon in der ganzen inhaltlichen Anlage dem Kongress zum Ausdruck zu bringen, wurden junge Politiker aus den drei massgebenden Parteien CDU, SPD und FDP zur Stellungnahme zu ausgewählten aktuellen Problemen eingeladen. Sie taten dies mit ausgesprochener Sachkenntnis und Verantwortung. Ihre zum Teil äusserst scharfe Kritik an herrschenden Anschauungen und Verhältnissen - sie war jeweils konfrontiert mit Meinungen aus

anderen Lagern - resultierte im ganzen in viel Übereinstimmung zu den Aufgaben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

H. Tepper war es vorbehalten, in seinem Hauptreferat eine Reihe von allgemeinen Gesichtspunkten zu verfechten; sie hatten einen besonderen Bezug auf die derzeitige wirtschafts- und sozialpolitische Situation der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Gemeinnützige Wohnungsorganisationen - unter ihnen eine sehr grosse Zahl Baugenossenschaften - und Staat sind Partner. Wenn es erstere nicht gäbe, so müsste der Staat die von ihnen übernommene Aufgaben erfüllen. Der Referent hob dies von neuem überzeugend hervor.

Wohlverstandene Gesellschaftspolitik muss die Förderung der Unternehmen umfassen, die bereit sind,

auf Gewinnmaximierung bei der Wohnversorgung zu verzichten

und die seit mehr als 100 Jahren ihre unternehmerische Leistungsfähigkeit in den Dienst aller stellen. «Was aber», so unterstrich H. Tepper, «würde die gemeinnützige Wohnungswirtschaft leisten können, wenn sie nicht die Menschen hätte, die im gemeinnützigen Wirken nicht einen Job zum Grossverdiener, sondern die berufliche Erfüllung im Dienst an der Allgemeinheit sähen? Sie setzen letzten Endes mit ihrem Willen gesellschaftspolitische Ideen in die Praxis um, sie verkörpern das gemeinnützige Verhalten und tragen damit diesen Wirtschaftszweig.»

Die in besonderen Arbeitsgruppen behandelten Themen galten dem «Eigentum und Bodenrecht», der Partnerschaft von Vermietern und Mietern, der Wohnungsreform der Zukunft sowie der

Wohnungsversorgung besonderer Bevölkerungsgruppen

wie der Betagten, Invaliden, Gastarbeiter usw. Halten wir aus dem letztgenannten Aufgabenkreis folgende Auffassungen fest:

Hinsichtlich der ausländischen Arbeitskräfte wurde darauf hingewiesen, dass die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sich des Wohnproblems der *Gastarbeiter* bisher zu wenig angenommen haben. Sie könnten sich aber nicht dahinter verstecken, dass sie für diesen Kreis nicht zuständig seien.

In der Bundesrepublik sei bereits jeder 7. Bürger *körperbehindert*, die Zahl der Behinderten wachse ausserordentlich schnell an. Es sei die Aufgabe der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, bei der Planung von Wohnungen auf die Bedürfnisse dieser Personengruppe stärker einzugehen.

Schon diese wenigen Sätze dürften die Wichtigkeit andeuten, die der gemeinnützigen Bautätigkeit im Gefüge der heutigen sozialen Staatspolitik zukommt. Sie öffnen aber auch einen viel weiter gefassten Rahmen etwa für die genossenschaftliche Aktivität, die sich allzuoft nur noch bemüht, das Bestehende zu erhalten und sich damit den herandrängenden neuen Aufgaben zu verschliessen sucht. Um so hoffnungsvoller ist die Aktivität, die sich seit kurzem im Schweizerischen Verband für Wohnungswesen regt und auf die

Schaffung einer gesamtschweizerischen Organisation

zielt - zur tatkräftigen Unterstützung der im Wohnbauprogramm der Eidgenossenschaft enthaltenen Zielsetzungen. Damit wird allen angeschlossenen Wohngenossenschaften und zusätzlich noch weiteren gemeinnützigen Bauträgern die einzigartige Möglichkeit zur praktischen Mitarbeit bei der Förderung einer der bedeutsamsten sozialen Aufgaben gegeben sein.

Der dreitägige Karlsruher Kongress der gemeinnützigen Bauwirtschaft, die Wohnungsbaugenossenschaften, Gesellschaften und sonstige Unternehmen umfasst, die 1971 rund 3 Millionen eigene Wohnungen besaßen, war der imponierende Ausdruck eines machtvollen Betätigungswillens im Dienste der Allgemeinheit.

Von neuem zeigte es sich, wie sich die in den einzelnen Ländern gestellten Aufgaben immer mehr nähern und gleichen. Um so fruchtbarer ist die Zusammenarbeit über die Grenzen. Auch in der Schweiz haben wir allen Grund, uns die Entwicklungen und Erfahrungen im gleichen Sinne Arbeitender zu Nutzen zu machen. Wir können sie in der von uns erwarteten Aktivität in der nahen und weiteren Zukunft sehr gut brauchen.